

BürgerInnenbrief **Mitte**

20. April 2009



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

HSH Nordbank +++ Osdorfer Mieten +++ Eisbahn gerettet? +++ Sportstätten +++ Widerständige Wilhelmsburger +++

HSH Nordbank: Eine (un)endliche Geschichte?



Die Hamburger Bürgerschaft und der Landtag in Schleswig-Holstein stimmten Anfang April mit deutlichen Mehrheiten dem 13 Mrd. Euro umfassenden Rettungspaket für die angeschlagene HSH Nordbank zu. Auch die Hamburger SPD ist dem Verhalten der SPD in Schleswig-Holstein gefolgt und hat die Zustimmung an einige Auflagen gebunden, die von den schwarz-grünen Koalitionären in Hamburg akzeptiert wurden. So soll der Zufluss von drei Mrd. Euro zu einem Anteil der Bundesländer von zusammen mindestens 85% führen, ein Vorstandsmitglied der Bank pro Jahr nicht mehr als 500.000 Euro verdienen dürfen und das Geldinstitut eine weitgehende und transparente Trennung in eine Kernbank und eine Abbaubank vornehmen. Zudem sollen Bank und Anteilseigner den Einstieg des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoF-Fin) vorbereiten. Damit will man sicherstellen, dass künftige

Bedarfe an frischem Kapital nicht zu Lasten der beiden Länder gehen.

DIE LINKE hatte nach reiflicher Prüfung entschieden, den vorliegenden Rettungsplan abzulehnen. Die Hauptargumente in Kürze:

Erstens: Mit dem »Rettungsplan« werden falsche Gewichte gesetzt: Der Großteil der Finanzressourcen geht zur Rettung der Landesbank drauf – im Geschäftsjahr 2008 allein für Hamburg 2,5 Mrd. Euro. Demgegenüber wendet der schwarz-grüne Senat für eine Antikrisenpolitik in der regionalen Wirtschaft für zwei Jahre – zusammen mit Bundesmitteln – gerade einmal 550 Mio. Euro auf, also pro Jahr ein Zehntel der Mittel für die HSH Nordbank. Es gilt in Hamburg wie anderswo: Man kann die Finanzinstitute nicht auf eine gesunde Basis stellen, wenn der Maschinen-, Schiff- und Flugzeugbau

oder auch die Hafenwirtschaft mit hoher Geschwindigkeit abwärts sausen.

Zweitens: DIE LINKE teilt die Bewertung des Großteils der Medien und des früheren schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers Marnette, dass die vermeintliche Alternativlosigkeit durch ein absolut schlechtes Krisenmanagement herbeigeführt wurde. Finanzsenator Freytag hat im Januar 2008 in einer öffentlichen Debatte die Notwendigkeit von Wertberichtigungen und eine sich daraus ergebende kritische Lage für die HSH Nordbank glatt verneint. Bei der Einleitung der Kapitalaufstockung von zwei Mrd. Euro im Mai 2008 wurde vom Senator jeder Bezug auf eine kritische Geschäftsentwicklung abgestritten. Laut Prüfbericht des Jahresabschlusses war die Risikotragfähigkeit der Bank schon am Ende des zweiten Quartals, also zum 30.6.2008, kritisch und kippte danach rasch in negative Raten. DIE LINKE findet es unverantwortlich, nach diesem Ablauf des Krisenprozesses Herrn Freytag weiterhin damit zu beauftragen, die Neuorganisation der Bank und die Durchsetzung einer neuen Kultur im Unternehmen mit durchzuführen. Zu Recht sind gegen Vorstand und Aufsichtsrat der HSH Nordbank Strafanzeige erstattet worden.

Drittens: Die unterstellten Annahmen für die Risikovor-sorge, damit für die Höhe der auch von der Bank für 2009 und 2010 erwarteten Verluste und die Frage einer eigenständigen Perspektive des Unternehmens nach 2011, sind auf Sand gebaut. Schon heute bestreitet keiner mehr, dass es wahrscheinlich zu weiteren Kapitaleinschüssen in Milliardenhöhe kommen kann, die aber die beiden Länder nicht mehr schultern können.

Viertens: Es geht nicht um ein unkontrolliertes Gehen in die Insolvenz, sondern - wie es in der Senatsdrucksache heißt - um eine »kontrollierte Abwicklung«. Diese Alternative ist weder geprüft noch genauer durchgespielt worden. In der Tat reichen das bisherige Instrumentarium und der entsprechende Rechtsrahmen nicht aus. Im Übrigen existiert auch keine Erfahrung darüber, mit welchen Prozessen gerechnet werden muss, wenn die Finanzaufsichtsbehörde BaFin ein Moratorium über eine angeschlagene Bank verhängt und eine kontrollierte Abwicklung eröffnet.

Fünftens: Es ist für die Fraktion DIE LINKE politisch ziemlich fragwürdig, wie mit der weiteren Sanierung der Landesbanken umgegangen wird. Fest steht, die Bundesregierung betreibt eine rechtliche Neuregelung zur Rettung angeschlagener Banken jenseits der Enteignung. Es geht im Kern darum, ein systemrelevantes und bedrohtes Finanzinstitut, das ohne Staatshilfen insolvent wäre, unter eine staatliche Restrukturierungsverwaltung zu stellen.

Dabei könnten Aktionärsrechte zeitweise außer Kraft gesetzt werden. Ein Sanierungsberater könnte von der BaFin mit den Rechten eines Sonderbeauftragten ausgestattet werden. Er könnte damit die Geschäftspolitik konkret bestimmen und Maßnahmen ergreifen, die zur Umsetzung eines Sanierungsplanes nötig sind, oder eine kontrollierte Abwicklung einleiten. Es geht weiter um die Umwandlung von Forderungen in Gesellschaftsanteile.

Diese Alternativen sind vor der Entscheidung von Seiten der CDU/GAL und SPD nicht ernsthaft geprüft worden.

Die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Vorgänge um die HSH Nordbank untersuchen soll, die zu diesem Desaster geführt haben, wird von der LINKEN energisch unterstützt werden.

Auch nach der Entscheidung vergeht kaum ein Tag, an dem die HSH Nordbank nicht neuen Wirbel entfacht. Das Misstrauen gegen Vorstand und Aufsichtsrat ist enorm. Bis zu 200.000 Euro verspricht der Vorstand allen Beschäftigten, die freiwillig gehen. Zudem werden die Bankangestellten mit einer »Sprintprämie« geködert. Wer sich schnell entscheidet und den Bürostuhl räumt, erhält zusätzlich zur Abfindung zwei Bruttomonatsgehälter. Insgesamt sollen bei der schwer angeschlagenen HSH Nordbank bis 2012 rund 1.100 der 4.300 Stellen gestrichen werden.

Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat mittlerweile gegen Verantwortliche der Bank ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Behörde prüft im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise den Verdacht der Untreue. Zu den Verantwortlichen gehören auch die Politiker, die seit längerem im Aufsichtsrat die Umwandlung der Landesbank in eine Kapitalmarktbank mit dem Ziel einer Börsenkapitalisierung vorangetrieben haben.

Der Verdacht der Untreue in einem besonders schweren Fall begründet auch die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Frühere HSH-Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Aufsichtsrates stehen im Verdacht, ihre Vermögensfürsorgepflicht sträflich verletzt zu haben. Die Bank habe kurz vor Auslaufen der Gewährträgerhaftung billig Kredite aufgenommen und damit hoch riskante Papiere gekauft. Bei dieser Operation wurde ein »Schnellankaufverfahren« praktiziert, bei dem eine genauere Prüfung der Risiken mehr und mehr unterblieben sei.

Immer wieder wird der Name des HSH-Chefaufsehers und früheren Hamburger Finanzsenators Wolfgang Peiner (CDU) genannt. Er hat bereits eingeräumt, dass er aufgrund seiner Erfahrung hätte erkennen können, dass das Kreditersatzgeschäft für die Landesbank zu groß gewesen ist - ein Eingeständnis, das für ihn ohne Folgen bleiben dürfte, denn Peiner scheidet zum Monatsende als Aufsichtsratschef aus.

Gleichsam als Rettungsschild hat der scheidende Aufsichtsratsvorsitzende ein neues Gutachten bestellt. Der Aufsichtsrat der HSH Nordbank lässt die Arbeit amtierender und früherer Vorstände überprüfen. Die Anwaltssozietät Freshfields Bruckhaus Deringer soll feststellen, ob die Bankvorstände ihren unternehmerischen Pflichten nachgekommen sind.

Peiner erwartet diesen Bericht bis Ende Mai. Die beauftragte Anwaltssozietät verfügt nach eigenen Angaben weltweit über mehr als 2.500 Anwälte und berät Unternehmen, Finanzinstitute und Regierungen. Der Prüfauftrag betrifft laut Peiner die Sparten Credit Investment Portfolio, Risikomanagement sowie die Strategieumsetzung seit Gründung der HSH Nordbank.

Osdorfer Born: Mieter gegen Mieterhöhungen und für den Erhalt der Sozialbindung!



Übergabe der Unterschriften (rechts mit dem 400er-Schild Karsten Strasser)

Die mieterorientierten Initiativen und Organisationen in Hamburg verfolgen die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt mit zunehmender Besorgnis. Vor allem bei »mietgünstigen« Wohnungen klappt eine immer größere Lücke. Maßgeblich ist dafür der rückläufige Bestand an Sozialwohnungen. Anfang der 1990er Jahre gab es noch 265.000 mietpreisgebundene Sozialwohnungen, im Jahre 2002 nur noch 151.000 und heute kaum mehr als 114.000! Hinzu kommt, dass das städtische Wohnungsunternehmen SAGA GWG jede Möglichkeit nutzt, für Wohnungen mit ausgelaufener Bindungsfrist teilweise Mieterhöhungen bis zur Kappungsgrenze in Höhe von 20% zu verhängen.

Besonders betroffen von dieser dramatischen Entwicklung sind die Hamburger »Großsiedlungen«. Die meisten von ihnen sind in den 1960er/1970er Jahren entstanden, so dass hier mehr oder weniger zeitgleich die Bindungsfristen auslaufen. Alleine zum Jahreswechsel 2008/09 wurde für 5.630 Wohnungen in Hamburg die Mietpreis- und Belegungsbindung aufgehoben.

Besonders zugespitzt stellt sich die Lage im Osdorfer Born im Bezirk Altona dar. Hier alleine ist die Mietpreisbindung von 850 Wohnungen – vornehmlich in den Straßen Achtern

Born und Kroonhorst – auf einen Schlag am 1. Januar 2009 ausgelaufen. Und die SAGA GWG, die den größten Teil davon zu ihrem Bestand zählt, droht bereits mit spürbaren »Modernisierungsmaßnahmen« und in deren Gefolge mit saftigen Mieterhöhungen.

Die Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook der Partei DIE LINKE hat die Sorgen der dortigen Mieterinnen und Mieter aufgegriffen und in den vergangenen Monaten Unterschriften im Osdorfer Born gesammelt, um den Erhalt der Mietpreisbindung und eine Verhinderung von Mietpreiserhöhungen durchzusetzen. Insgesamt 400 Mieterinnen und Mieter setzten ihre Unterschrift unter die Liste. Am 2. April haben mir Dirk Kölsche (Sprecher der Stadtteilgruppe) und Karsten Strasser (Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona) diese 400 Unterschriften im Beisein der Leiterin der SAGA GWG-Geschäftsstelle übergeben. Ich werde sie bei nächster Gelegenheit an die zuständigen Stellen weiterleiten.

Mich bestärkt das großartige Engagement der Stadtteilgruppe und das hervorragende Ergebnis der Sammlung darin, vom Senat und der SAGA GWG noch nachdrücklicher zu verlangen, einen Schlusspunkt hinter die zunehmend unso-

Im Zusammenhang mit der Problematik Mieterhöhungen und Erhalt der Sozialpreisbindung verweise ich zum einen auf eine **Informations- und Diskussionsveranstaltung** Anfang Mai, in der diese Fragen im Vordergrund stehen werden, zum anderen auf die von mir gemeinsam mit Michael Joho und Antje Schellner verfasste **Broschüre** »Mehr, bessere und preiswerte Wohnungen! Eckpunkte einer sozialen Wohnungspolitik für Hamburg«, die in allen Geschäftsstellen der LINKEN und bei der Bürgerschaftsfraktion kostenlos erhältlich ist.

Bezahlbare Wohnungen für Hamburg

Die Antwort der LINKEN: Sozialer Wohnungsbau

Diskussionsveranstaltung mit Dr. Joachim Bischoff, MdBü, DIE LINKE

Donnerstag, 7. Mai 2009, 19.00 Uhr

Kulturhaus Dehnhaiide, Vogelweide 20b (5 Minuten von der U-Bahn Dehnhaiide)



ziale Wohnungspolitik zu setzen. Wir brauchen in dieser Stadt endlich wieder eine gemeinnützige Wohnungspolitik, die das wachsende Gefälle zwischen Arm und Reich, zwischen einer immer geringeren Anzahl bezahlbarer und immer mehr unerschwinglichen Wohnungen abbaut. Wir brauchen eine umgehende Verlängerung der Mietpreisbindungen und zugleich die Schaffung von 7.000 bis 8.000 neuen Sozialwohnungen

jährlich. Wir brauchen ein öffentliches Wohnungsunternehmen, das einen Kontrapunkt zu Mietwucher und Bodenspekulation setzt und diesen nicht noch weiter anheizt! Auch die Wohnungsgenossenschaften sind in dieser Hinsicht verstärkt gefordert, nicht von ihrem traditionellen, sozial ausgerichteten Kurs abzuweichen!

Eisbahn: Das Schlimmste verhindert?!



Modell des Stegerentwurfs

Obwohl der in aller Heftigkeit begonnene Frühling das Thema »Eisbahn in den Wallanlagen« nicht gerade aktuell erscheinen lässt, will ich doch der Chronisten-Pflicht nachkommen und über die jüngste Entwicklung informieren – denn: Die Jury-Entscheidung ist gefallen.

Im vergangenen Jahr war die Neugestaltung dieser Breitensportanlage – in der letzten Saison haben sie ca. 125.000 EisläuferInnen genutzt – in einem europaweiten Wettbewerb

ausgeschrieben worden. Angesichts der an »Leuchtturmprojekten« orientierten Politik des Senats im Allgemeinen und der Berücksichtigung eines aufwändigen Entwurfs der Bäderland GmbH (mit Tauchbecken, Sprungturm und weiterem teurem Schnickschnack) im Besonderen stand zu befürchten, dass das bisher erfolgreiche Freizeitangebot – »Schlittschuhfahren unter freiem Himmel zu günstigen, vor allem auch familiengerechten Preisen« – kaputt gemacht wird. Noch am

Vortrag der Jury-Entscheidung – der LINKEN war in diesem mehr als 30 Köpfe zählenden Gremium kein Platz zugestanden worden – hatten Bernhard Stietz-Leipnitz, Bezirksabgeordneter der LINKEN in Hamburg-Mitte, und ich eine Erklärung abgegeben, in der wir uns nachdrücklich für die notwendige Sanierung der Anlage, vor allem aber für die Beibehaltung einer einfachen Ausstattung und damit auch zukünftig günstigen Eintrittspreisen ausgesprochen haben.

Nun ist die Jury-Entscheidung gefallen: Unter den letzten drei zugelassenen Bewerbern setzten sich weder die Vertreter des bisherigen Konzepts noch die Bäderland GmbH durch. Die Jury hat sich einstimmig für das Konzept der ARGE INDOO Spielwerk Betriebs GmbH & Co. KG mit POOK LEISKA PARTNER und Paul Schüler entschieden:

»Dieses Konzept erfüllt am allerbesten die geforderten Kriterien hinsichtlich einer Nutzung für breite Zielgruppen. Danach ist vorgesehen, die Eislauffläche optisch attraktiver zu gestalten, aber auf jeden Fall hinsichtlich Funktion und Fläche uneingeschränkt zu erhalten. Im Sommer soll weiterhin

eine Nutzung als Rollschuh-/Skaterbahn erfolgen. Als ganz neues Angebot ist die Errichtung eines Klettergartens gleich neben der Bahn vorgesehen. Abgerundet wird alles durch eine ideal ins Konzept eingebundene Gastronomie mit Parkcafé und Eisbar im Winter.« So die Kurzbegründung der Jury für ihre Entscheidung.

Das ist zwar kein 100%iger Erfolg unseres Ansinnens, klingt aber deutlich positiver als das, was von dem Bäderland-Konzept zu erwarten gewesen wäre. Zumindest der »dickste und dümmste Leuchtturm« konnte also verhindert werden. Was das jetzt beschlossene Konzept allerdings für die Neuverpachtung und für die zukünftige Gestaltung der Eintrittspreise bedeuten wird, ist zur Zeit noch unklar. »Der Bezirk und die beteiligten Behörden werden jetzt die weitere Umsetzung verfolgen«, heißt es abschließend in der Jury-Erklärung. Trotz der hoffentlich anhaltenden sommerlichen Temperaturen können nicht nur die beteiligten Behörden davon ausgehen, dass auch wir den weiteren Fortgang der Umgestaltung der Eisbahn an den Wallanlagen verfolgen werden!

Falsche Prioritäten beim Sport



Die Fußballmannschaft des Störtebeker SV auf der Sportanlage Snitgerreihe

Während der Hamburger Senat sich darum bemüht, große »Sportevents« nach Hamburg zu holen und dafür bereit ist, viele Millionen Euro zu investieren – erinnert sei nur an die abgesagte Bewerbung um die Universiade-Ausrichtung und die mit um so mehr Verve betriebene Bewerbung um die Schwimm-Weltmeisterschaft –, liegt die Situation im hamburgischen Breitensport zunehmend im Argen. Der teilweise katastrophale Zustand der Lehrschwimmbecken und des Schwimmunterrichts ist schon in den vergangenen Wochen

häufig Thema in den Medien gewesen. Doch das ist nur die Speerspitze eines sportpolitischen Desasters. Seit drei Jahren ist der Senat beispielsweise damit beschäftigt, ein EDV-gestütztes Auskunftssystem über die Belegung und Vergabe der Sportstätten zu installieren, mit dem Ergebnis, dass er bis heute nicht in der Lage ist, eine detaillierte Auswertung der Sportstättennutzung oder gar eine elektronisch unterstützte Platzvergabe durchzuführen. Doch auch der Zustand der Sportstätten lässt mehr als zu wünschen übrig: Alleine

im Bezirk Hamburg-Mitte wurde jüngst noch einmal der Sanierungstau mit gut drei Mio. Euro angegeben. Die »beachtlichen Mängel« – so das Bezirksamt in einer Mitteilung vom 6. April 2009 (Bezirks-Drucksache 19/45/09) lapidar – »konnten aufgrund der seit Jahren nicht auskömmlichen Sportraumzuweisung ... nicht behoben werden«.

Ein weiterer Punkt, den Hamburgs BreitensportlerInnen nur als Schlag ins Gesicht empfinden können, ist die personelle Ausstattung für die Pflege und Betreuung der öffentlichen Sportplätze. Ich hatte den Senat in einer Kleinen Anfrage gefragt: »Wie hat sich die Anzahl der staatlichen Platzwarte seit dem Jahre 2000 verändert?« Aus der am 7. April erfolgten Senatsantwort (Bürgerschafts-Drucksache 19/2704) geht hervor, dass alleine im Zeitraum zwischen 2000 und 2008 die Anzahl der staatlichen Platzwarte von durchschnittlich 114,45 kontinuierlich auf 95,00 Stellen abgebaut worden sind, ein Minus von 19,45 Stellen!

Die Auswirkung dieses von der Öffentlichkeit bisher gar nicht wahrgenommenen, gut 15%igen Personalabbaus hat z.B. der »Störtebeker SV« zu spüren bekommen. Dem seit einiger Zeit gerade in der Jugendarbeit im Bezirk Mitte engagierten und expandierenden Verein sind zwar Trainingszeiten für

eine neue Jugendmannschaft auf dem Sportplatz Snitgerreihe in Horn in Aussicht gestellt worden, doch eine reale Nutzung wurde vom Bezirksamt Mitte bisher untersagt, weil für die betreffenden Zeiten der Platz zwar frei, aber eben ohne Platzwart, mithin ohne Kontrolle und Begleitung sei. Verschiedene Bemühungen, zumindest eine pragmatische Lösung zu finden, sind vom Bezirksamt monatelang ausgesessen worden. Der eigentliche, sich dahinter verbergende Skandal ist jedoch, dass der Personalabbau unter den Platzwarten inzwischen derartige Dimensionen angenommen hat, dass selbst vorhandene Plätze im Sportalltag nicht mehr genutzt werden können.

Statt immer neue Sportevents mit hohem Mittelaufwand und zweifelhafter Wirkung für die aktiven SportlerInnen nach Hamburg holen zu wollen, sollte sich der Senat endlich um seine Kernaufgaben kümmern: Die Sicherstellung des Sportangebots, die angemessene Ausstattung und Herrichtung der Sportstätten und die Förderung vor allem des Kinder-, Jugend-, Senioren- und Integrationssports! Der Abbau der staatlichen Platzwarte in den vergangenen Jahren um mehr als 15% ist ein trauriges Beispiel dafür, dass der Senat in vielfacher Hinsicht die falschen Prioritäten in der Hamburger Sportlandschaft setzt.

Widerständige WilhelmsburgerInnen

oder: Der »Sprung über die Elbe« gefällt nicht allen

von Antje Schellner



Mit Trommlergruppen gegen die »Chinesische Mauer«

Am 15. April hatten sich fast 200 BürgerInnen zur Anhörung des Stadtentwicklungsausschusses im Wilhelmsburger Bürgerhaus versammelt. Trotz eines eher der Einschüchterung denn einer bürgernahen Beteiligung dienenden Debatten»ambientes« (die WilhelmsburgerInnen mussten den rund 20 Abgeordneten, Staatsrat Winters und Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk einzeln und stehend am Mikro gegenübertreten) nutzten rund 35 Betroffene die Gelegenheit, ihre

Bedenken gegen die Internationale Bauausstellung (IBA), die Internationale Gartenschau (IGS) und die Verkehrsplanung vorzubringen. An das Mikro begaben sich Frauen und Männer, Kleingärtner, Ingenieure, Zugezogene, Alteingesessene, Geschäftsleute, PferdezüchterInnen, RollstuhlfahrerInnen, Familien, Lärmgeplagte, Moorburger Vertreter und Grundstückseigentümer: »Sie haben hier nicht irgendwelche Autobahngegner vor sich«, formulierte eine Wilhelmsburgerin. Ein seit

53 Jahren auf der Insel lebender 83-jähriger Wilhelmsburger brachte die Situation auf den Punkt: »Na, wenn Sie schon hierher zu uns kommen, muss es im Senat ja ganz schön brennen!«

Konzentriert trug die Bevölkerung drei Stunden ihre wohl-durchdachten Beiträge vor. Bei einigen löste sich die Anspannung in allgemeiner Heiterkeit: »Wer lässt sich schon gerne ungefragt bespringen?« (O-Ton einer Wilhelmsburgerin)

Die Schattenseiten der IBA und IGS kamen zur Sprache: Planen an den Interessen der Einwohner vorbei, Flächenverbrauch, Naturzerstörung, IBA als bevölkerungsfernes Tourismusprojekt, Zwangsumsiedelung von Kleingärtnern ohne ausreichende Ausgleichszahlung und Information, Quartiersaufwertung mit Mieterhöhung für Eingesessene, unge löste Probleme wie steigende Lärm- und Feinstaubbelastung. Enttäuscht sind die WilhelmsburgerInnen auch über die gestrichenen Projekte wie die Jugendherberge und das Schwimmbad sowie über die mangelnde Zusammenarbeit und Koordination der zuständigen Stellen und Fachbehörden.

Besonders große Sorge löst die Infrastruktur- bzw. Verkehrsplanung aus: Verlegung der Reichsstraße an die Bahntrasse im Osten mit einer Spurverdoppelung von 14 auf 28 Meter und einer mindestens sechs Meter hohen Schallschutzwand. Den Sinn einer südlichen Führung der Hafenerquerung – mit einem massiven Ausbau der Kornweide – kann keiner so recht erfassen. »Damit würden dem Verkehr von Amsterdam nach Lübeck oder Berlin ganze 15 km erspart«, bemerkte ein Einwohner. »Die Verkehrsplanung unter Frau Hajduk ist ein Schlag ins Gesicht«, formulierte ein Bürger, »die Verlegung der Reichsstraße ein Etikettenschwindel! Was soll denn das bei der Größe anderes sein als eine Autobahn.«

Manuel Humburg, Mitglied der Initiative Zukunft Elbinsel, fasste das dominante Gefühl der WilhelmsburgerInnen zusammen: »Es bedarf dringend vertrauensbildender Maßnahmen von Seiten der Politik.« Diese könnten in Form von lang gewünschten, jedoch langjährig überfälligen Projekten, wie sie zentral in der Anfang 2000 stattfindenden Zukunftskonferenz gefordert wurden, leicht umgesetzt werden:

- ein befahrbarer Radweg, der durch den alten Elbtunnel führt,
- ein Radweg an der Brücke Richtung Neuland und
- endlich ein Tor im Zollzaun am Spreehafen.

Am Schluss, nachdem auch die Politiker zu Wort gekommen waren, wurde der Senat von den Mitgliedern des Ausschusses gebeten, die Verkehrsplanungsstudie der DEGES zur Verfügung zu stellen. Staatsrat Winters verwies dies mit der Begründung, »sie sei in keinem vorlagefähigen Zustand«, in weite Ferne. Der Stadtentwicklungsausschuss beteuerte, man würde »sich weiter befassen«.

Eines wurde in der Anhörung klar: Der politische Druck auf die Stadtentwicklungspolitik des Senats, die sich über Interessen der Bevölkerung hinwegsetzt, hat zugenommen.

Das machte bereits vorher eine Demonstration am 4. April deutlich. Rund 1.000 WilhelmsburgerInnen und Unterstützende aus anderen Stadtteilen zogen von Kirchdorf Süd durch Wilhelmsburg bis vor das Rathaus, um für

- ein integriertes Verkehrskonzept und eine kooperative Planung mit Einbeziehung der Bevölkerung und
- gegen die Verlegung der Reichsstraße und die Hafenerquerung zu demonstrieren.

Gut vorbereitet mit Transparenten, Kinder- und Trommlergruppen unterschiedlicher Nationalitäten und selbstgetex-



Trecker mit Transparenten in Wilhelmsburg

teten Liedern formierte sich ein eindrücklicher Zug. Gut ein Viertel der Demonstranten hatten einen Migrationshintergrund. Die Demonstration wurde von der Initiative Zukunft Elbinsel als Erfolg gewertet: »So viele Menschen haben wir vor zehn Jahren nicht auf die Straße bekommen«, freute sich eine Sprecherin der Initiative.

Einer der Auslöser für die Proteste war, dass Senatorin Hajduk ihr Wort gebrochen und trotz eines in Aussicht gestellten Dialogs mit den WilhelmsburgerInnen die Planungen für eine Verlegung der Reichsstraße und eine südliche Hafenspannenführung verkündet und in Auftrag gegeben hatte. Die Wilhelmsburger sahen sich »im Würgegriff der Autobahnen mit einer chinesischen Mauer« – geplant ist u.a. eine Lärmschutzmauer, die bei Verlegung der Reichsstraße errichtet werden soll und höher sein wird als die chinesische Mauer – , »die Wilhelmsburg in zwei Teile spaltet.«

Dass dies keine unbegründete Befürchtung ist, macht ein Blick nach Kirchdorf (das wohl jedem bekannt ist, der einmal die Autobahnabfahrt Stillhorn gekreuzt hat) deutlich: Wie ein

Gebirge ragen die Hochhäuser dort hervor. Umgeben sind sie aber immerhin noch von naturbelassenen Wiesen und haben sogar einen stadtbekanntes Kinderbauernhof dicht vor der Tür. Knapp 100 Meter hinter dem Kinderbauernhof, auf der jetzigen Kornweide, soll nach Plänen des Senats nun eine Autobahn entlangführen. Der Kinderbauernhof ist für Ortsansässige, aber auch Kinder aus vielen, besonders belasteten Stadtteilen Hamburgs eine wichtige Naherholungs- und Freizeitstätte. Fast jedes Kind aus Hamburg-Mitte kennt das Ausflugsziel, für viele ist es die einzige Möglichkeit, mit Tieren in Kontakt zu kommen, da Hagenbeck schon lange zu teuer für Familien mit geringem Einkommen ist. Würde hier eine Autobahn entlangführen, würde dies nicht nur die WilhelmsburgerInnen, sondern auch andere HamburgInnen betreffen und vor allem – und das stößt den Wilhelmsburgern besonders auf – Kinder.

Kein Wunder also, dass der »Sprung über die Elbe«, wie er ohne die Beteiligung der BürgerInnen angegangen wird, nicht allen gefällt. Die Proteste werden weitergehen.

Unsicherer Individualverkehr

Die »Hamburger Unfallstatistik« war bereits im letzten BürgerInnenbrief Thema. Inzwischen liegt die Antwort des Senats auf meine Kleine Anfrage vor (Bürgerschafts-Drucksache 19/2635 vom 31. März). Hamburg weist entgegen dem bundesweiten Trend eine außergewöhnliche Steigerung der Verkehrsunfälle aus. Die Zahl der verunglückten Menschen hat im vergangenen Jahr in Deutschland um 5,5% abgenommen, dagegen stieg sie in Hamburg um 1,0% auf 10.708 Verunglückte. Noch dramatischer sieht es bei den tödlich verlaufenden Verkehrsunfällen aus: Während die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Menschen bundesweit um 9,7% zurückgegangen ist, kamen in Hamburg 30 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben, das ist eine Steigerung um 30,0%. Diese Angaben, so die Antwort auf meine Anfrage, beruhen auf den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. In den Unterlagen der Hamburger Polizei weichen die absoluten Zahlen teilweise beträchtlich ab (die Grundbotschaften indes blieben die gleichen): Nach Polizeiangaben ist die Zahl der Verkehrstoten mit 40 im Jahr 2008 (gegenüber 30 in 2007) bedeutend höher ausgefallen als beim Bundesamt.

Bemerkenswert ist die Aufschlüsselung der Verunglückten nach Art der Teilnahme am Verkehr. Zwar sind unter den 10.890 Verunglückten im Jahr 2008 insgesamt 5.439 PKW-FahrerInnen, 2.498 RadfahrerInnen und 1.154 FußgängerInnen. Bei den 40 Getöteten ist die Reihenfolge genau umgekehrt: Dem höchsten Risiko waren die FußgängerInnen ausgesetzt (13 Verkehrstote), es folgten die Krad-FahrerInnen (11 Getötete), die RadlerInnen (9 Getötete) und die AutofahrerInnen (5 Getötete). FußgängerInnen und RadfahrerInnen bedürfen eines größeren Schutzes: Mehr und bessere Radwege, vernünftige Abbiegeregeln usw. Als häufigste Unfallursachen gibt die Polizei an, dass im Jahre 2008 in 3.827 Fällen

die »überhöhte Geschwindigkeit bzw. nicht angepasste Geschwindigkeit« ausschlaggebend war, gefolgt vom falschen, unaufmerksamen Abbiegeverhalten (2.650 Fälle) vor allem der PKW- und LKW-FahrerInnen.

Die bisher angeführten Verunglückten kamen allesamt im Individualverkehr zu Schaden. Schauen wir mir dagegen die Statistik der im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu Schaden gekommenen BürgerInnen an, dann wird klar, dass der ÖPNV gegenüber dem Individualverkehr sicherer ist: In den Linienbussen sowie den U- und S-Bahnen Hamburgs (inkl. AKN) hat es im letzten Jahr 43 Verletzte gegeben (oder gar nur 29, da bleibt die Senatsantwort unklar), die Zahl der Getöteten wird mit drei angegeben (an anderer Stelle wird von zehn gesprochen, auch das bleibt widersprüchlich).

Innensenator Ahlhaus (CDU) sieht die Ursachen für die Unfalloffizierigkeit vorrangig im »rücksichtslosen Verhalten« der VerkehrsteilnehmerInnen, das nun »ein Ende haben« müsse (Mopo, 7.4.2009). Natürlich gibt es rücksichtslose VerkehrsteilnehmerInnen, aber wer die Geschwindigkeit auf den größeren Straßen auf 60 km/h erhöht, wer kaum etwas gegen zugestellte Rad- und Gehwege unternimmt, wer keine ausreichende Beschilderung liefert, der sollte die Folgen einer falschen Verkehrspolitik nicht mit »mangelnder Rücksicht« verharmlosen.



Arbeit für alle bei fairem Lohn!

Unter diesem Motto stehen in diesem Jahr die 1. Mai-Demonstrationen des Deutschen Gewerkschaftsbunds. Im zentralen Maiaufruf hat der DGB-Bundesvorstand herausgestellt: »Für die Gewerkschaften stehen die Menschen vor den Märkten. Deshalb fordern wir eine neue solidarische Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft... Arbeit für alle bei fairem Lohn bleibt unser Ziel.« Und: »Wir Gewerkschaften stellen uns allen Rassisten, Antisemiten und Nazis entgegen, die den 1. Mai, den Tag der Arbeit, für ihre menschenverachtende Gesinnung missbrauchen wollen.«

Da gerade das Letztere – mit Blick auf die Auseinandersetzungen im letzten Jahr – für Hamburg besonders wichtig ist, möchte ich alle LeserInnen des BürgerInnenbriefes bitten, sich auch in diesem Jahr gemeinsam zahlreich an der Demonstration und der Mai-Kundgebung zu beteiligen.

Wir demonstrieren ab 11.00 Uhr vom Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof zur Kundgebung um 13.00 Uhr am Museum der Arbeit (U- und S-Bahnhof Barmbek). Dort wird neben dem DGB-Vorsitzenden von Hamburg, Erhard Pumm, der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Franz-Josef Möllenberg sprechen. Anschließend gibt es die Möglichkeit, sich im Hof des Museums der Arbeit kulinarisch zu stärken und an zahlreichen Infotischen zu informieren.



6. dokumentarfilmwoche hamburg



»Die wundersame Welt der Waschkraft«

Vom 23. bis zum 29. April 2009 wird in den drei Kinos 3001, Lichtmeß und Metropolis die 6. dokumentarfilmwoche hamburg stattfinden. Dort sollen bewusst auch Filme gezeigt werden, die ohne Fördermittel und Fernsehsender entstehen. Ein Film hat mich in der Vorankündigung besonders angesprochen: DIE WUNDERSAME WELT DER WASCHKRAFT von Hans-Christian Schmid. Dort heißt es: »Ein Dutzend Lastwagen pendelt täglich zwischen Berlin und der polnischen Kleinstadt Gryfino hin und her. Dort steht, gleich neben dem Kraftwerk, von dem der heiße Dampf bezogen wird, die deutsche

Wäscherei »Fliegel«. Vierhundert polnische Mitarbeiter sorgen hier zu niedrigen Löhnen und rund um die Uhr dafür, dass die Container aus Berlin innerhalb von vierundzwanzig Stunden mit sauberer Wäsche gefüllt zurück in der deutschen Hauptstadt sind.« Die wundersame Welt der Waschkraft ist eine Geschichte über Arbeit, die ausgewandert ist, und über die Menschen, die sie Tag für Tag erledigen.« Der Film läuft am 25.4. um 21:00 Uhr im Metropolis; der Regisseur, der schon mit »Lichter« einen beklemmenden Film über Menschen an der deutsch-polnischen Grenze gedreht hat, wird anwesend sein.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an – zum Beispiel während meiner **Sprechstunde donnerstags von 16:00 bis 18:00 Uhr im BürgerInnenbüro der LINKEN in der Borgfelder Straße 83** –, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.